

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Ersteinst jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4½ Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7½ Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Beienlohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstr. 27, 4½ Sgr. Inzerate die Zeile 3 Sgr.

Mit dieser Nummer schließt die Verfassung das letzte Quartal 1865. Die Redaktion hofft, von ihren Lesern das Zeugniß zu erhalten, daß sie nach besten Kräften bestrebt gewesen ist, das Ziel, welches sie sich vom Beginn des Blattes an gesteckt hatte, im Auge zu behalten. Trennen demselben wird unser Blatt auch fernerhin in volksthümlicher und leicht faßlicher Weise alle unser gesamtes Staatsleben berührende Fragen im Sinne der liberalen Partei besprechen. In Hinblick auf die **Neuwahlen**, welche im Jahre 1866 bevorstehen, erühen wir unsere Leser ganz besonders, für eine möglichst große Verbreitung unseres Blattes in ihren Kreisen sorgen zu wollen. Wir ersuchen unsere alten und neuen Freunde um rechtzeitige Erneuerung des Abonnements bei der Post, da nur in diesem Falle die ununterbrochene Versorgung unseres Blattes versprochen werden kann.

Zum Schluß des Jahres.

In wenigen Tagen schließt das Jahr 1865, das vierte Jahr, in welchem der Staatshaushalt in unserem engeren Vaterlande geführt wird, ohne daß das von der Verfassung geforderte Staatshaushaltsgesetz zu Stande gekommen ist, und es hat den Anschein, als ob uns die nächste Zukunft noch keine Lösung des schweren Konfliktes, unter welchem unserer staatliche Entwicklung leidet, bringen werde. Noch hält, wenn wir den Ansehnungen der Blätter, welche angeblich die Ansichten der Regierung dem Volke mittheilen sollen, glauben dürfen, die Regierung unerschütterlich daran fest, daß die Reorganisation, welche nach Ansicht der Mehrheit unserer Volkvertreter die Kräfte unseres Volkes in Friedenszeiten so aufstrenzt, daß im Falle eines Krieges eine dauernde Anspannung dieser Kräfte nicht möglich ist, in allen ihren Theilen aufrecht erhalten werden muß. Da nun aber vor Vereitigung dieser Frage an eine Lösung des Konfliktes nicht zu denken ist, so sollte man meinen, daß wir, die wir uns die Aufgabe gestellt haben, mit allen unseren Kräften und auf allen gesetzlich zulässigen Wegen für die Lösung dieses Konfliktes im Sinne der Majorität der von uns gewählten Volkswertretung zu wirken, ziemlich hoffnungslos in die Zukunft sehen müssen. Aber, wenn wir uns umsehen in der Welt, so bietet uns gerade die Geschichte des letzten Jahres so freundliche Anzeichen für den Sieg der Prinzipien der liberalen Partei, daß wir uns daran wahrhaft stärken und in uns den Glauben befestigen können, daß auch bei uns über kurz oder lang

diese Prinzipien zum dauernden Siege gelangen werden. Da wir in unserem Blatte fortlaufend unseren Lesern in gedrängter Kürze Kunde gegeben haben von allen wichtigen Ereignissen in unserem engeren und weiteren Vaterlande, so wie in der ganzen Welt, so kann es heut zum Schluß des Jahres nicht unsere Aufgabe sein, diese Ereignisse noch einmal zusammenzufassen und dem Leser vorzuführen; wir haben uns heut nur die Aufgabe gestellt, mit wenigen Worten unseren Lesern zwei Ereignisse des vergangenen Jahres vor Augen zu halten, damit sie daraus erkennen, wie Recht und Gerechtigkeit, Zivilisation und Fortschritt unausfahsam ihren Siegeslauf vollenden und zur Geltung kommen, wenn auch die Ansichten eines solchen Sieges einen Augenblick lang trübe sein mögen. Möge sie der Gedanke an diese Siege des Fortschrittes und des Rechtes bestimmen, mit weniger trüben Gedanken zurückzublicken auf das vergangene Jahr, und möge er sie stärken für das kommende Jahr, in welchem sich ihnen von Neuem Gelegenheit bieten wird, durch Abgabe ihrer Stimmen am Wahltag das Jhrige zu thun zur Lösung des Konfliktes in unserem Vaterlande.

Das erste und größte Ereigniß des Jahres 1865 ist die glückliche Bewältigung der Rebellion der Sklavenstaaten von Nordamerika. Als die Rogerbarene aus Angst vor der ihnen drohenden Sklavenbefreiung bei der Wahl des Präsidenten Lincoln den Versuch machten, den Süden der Union von dem Norden zu trennen, da waren sie im Besitze fast sämtlicher Kriegsmittel des Staates. Sie hatten die allerdings

nur kleine armerde größtentheils zu ihrer Verfügung und fast alle militärisch gebildeten Personen in der Union gehörten ihrer Partei an. Der Norden gebot in dem ausbrechenden Kampfe nur über die größere Anzahl von Menschen, welche aber fast durchgängig ohne jede militärische Bildung waren. Sie wurden jedoch gestärkt durch das Gefühl, für eine gerechte und gute Sache zu kämpfen. Getrieben von diesem Gefühl eilten Hunderttausende auf den Kampfplatz, unter ihnen die ganze kräftige Jugend der eingewanderten Deutschen, welche mit wenigen Ausnahmen die Sache der geluckten Regierung zu der ihrigen machten. Vier Jahre lang währte der Kampf, bis es endlich gelang, die Rebellen gänzlich zu vernichten.

Mit Freude wurde diese Kunde von der ganzen zivilisierten Welt aufgenommen, aber in den Zübel über den erfochtenen Sieg mischte sich schnell ein Miffton. Abraham Lincoln, welcher den Kampf siegreich zu Ende geleitet hatte, und welchen das Vertrauen seines Volkes noch vor Beendigung des Kampfes zum zweiten Male auf den Präsidentenstuhl berief, er fiel von Mördershand, und einen Augenblick glaubten die Vertheidiger der Sklaverei, durch diesen Mord noch einmal das Glück des Kampfes wenden, und ihre verlorene Sache zu einer siegreichen machen zu können. Aber es bewährte sich auch glänzendste bei dieser Gelegenheit die Dauerhaftigkeit wahrhaft liberaler Einrichtungen. Nach Vinculus Tode befiel der Vicepräsident Johnson den Präsidentenstuhl, und ohne die geringste Störung wurden die Maßregeln zur vollständigen Befreiung der Sklaven fortgesetzt. So ist denn am Schluss des Jahres 1865 in Nordamerika die Sklaverei allgemein abgeschafft, und nur freie Leute wohnen auf dem Gebiete, über welches das Sternenbanner weht. Dieser Sieg der Zivilisation und des Fortschritts wird das Jahr 1865 für ewige Zeiten zu einem denkwürdigen machen, und es wird für alle Zeiten denen, welche dahin streben, die freiheitliche Entwicklung eines Staates aufzuhalten, ein Wahrzeichen sein, daß ihre Bemühungen vergebens sein müssen.

Das zweite Ereignis, welches wir unsern Lesern ins Gedächtnis zurückrufen wollen, ist scheinbar klein und unbedeutend jenem gewaltigen Ereignis in Amerika gegenüber, aber trotzdem enthält es für uns eine treffliche, wohl zu beachtende Lehre. Es ist dies der Thronwechsel in Belgien. Nach einer vierunddreißigjährigen, streng konstitutionellen Regierung starb Leopold I., König von Belgien. Er hat während der Dauer seiner Regierung der Welt das Beispiel geliefert, wie die treue und gewissenhafte Befolgung einer sogenannten modernen Konstitution zum Heile des Volkes und der Fürsten ausfällt. Er starb tief betrauert von seinem Volke, und seine Regierung war seinem Sohne eine Lehre, wie er regieren müsse, wenn er gleich seinem Vater vom Volke geliebt werden wolle. Von diesem Gefühl durchdrungen, sprach Leopold II., welchen man früher für einen Anhänger der freiheitsfeindlichen ultramontanen Partei hielt, bei Ableistung des Eides auf die Verfassung vor den versammelten Vertretern des

Volkes folgende Worte: „Indem ich heute einem bei Lebzeiten so geehrten, nach seinem Tode so betrauernden Vater auf dem Throne folge, ist meine erste Aufgabe vor den Erwählten der Nation, daß ich gewissenhaft den Lehren und Beispielen, die seine Weisheit mir hinterlassen, folgen und nie vergessen will, welche Pflichten mir dieses kostbare Vermächtnis auferlegt. . . . Meine konstitutionelle Mission stellt mich außerhalb der Meinungskämpfe und überläßt es dem Lande selbst, über sie zu entscheiden.“ Man sieht, wenn der neue König wirklich früher einige Hinneneigung zu den Lehren der ultramontanen Partei gehabt hat, so hat er in Hinblick auf das Beispiel seines Vaters diese Neigung unterdrückt. Die gesprochenen Worte zeigen von einem so ächt konstitutionellem Geiste, daß man hoffen darf, Belgien wird in Zukunft ebenso glücklich sein, als das Land unter seinem ersten Könige war.

Indem wir unsern Lesern so aus dem Jahre 1865 das Beispiel des Sieges der Zivilisation unter dem Schutze liberaler Institutionen und das Beispiel einer auf streng konstitutionelle Weise glücklich geführten Regierung ins Gedächtnis zurückrufen haben, meinen wir, dieselben werden mit uns daraus die Hoffnung schöpfen, daß der Sieg der liberalen Institution in der ganzen Welt ein sicherer ist. Mit dieser Hoffnung blicken wir getroßt in die Zukunft.

Politische Wochenschau.

Preußen. Die Feiertagszeit macht sich in dem politischen Leben fast ebenso bemerkbar, wie in dem bürgerlichen. Ueberall scheint eine Stodung in der Entwicklung eingetreten, während doch Alles ruhig seinen Gang fortsetzt. In der schleswig-holsteinischen Frage ist allerdings wieder von einer neuen Spannung die Rede, welche zwischen Preußen und Oesterreich vorhanden sein soll, aber wir glauben nicht, daß man in diesem Augenblicke in Wien und Berlin ernstlich auf die Möglichkeit eines Krieges denkt. Preußen wird sich wohl nicht mehr lange der Ueberzeugung verschließen können, daß auf dem bisher betretenen Wege an eine Durchführung der Annexionspläne nicht zu denken ist, und daß, wenn wirklich die Herbeiführung des bundesstaatlichen Verhältnisses zwischen dem neuen Staate und Preußen möglich werden soll, notwendigerweise eine Systemsänderung in Preußen vorhergehen muß.

Ueber die Vorlagen, welche die Regierung dem Landtage zu machen gedenkt, verläuft noch nichts Sicheres. Man spricht davon, daß ein neuer Plan zur Gründung einer Flette, verbunden mit der Forderung eines großen Kredits für diesen Zweck, vorgelegt werden soll.

Eine höchst wichtige Frage wird auf dem bevorstehenden Landtage zur Entscheidung kommen, nämlich die Frage, innerhalb welcher Grenzen der Artikel 78 der Verfassung angewendet werden muß. Es handelt sich nämlich darum, ob die Gehaltserhöhung, welche dem Abgeordneten von Ernsthausen durch seine Ernennung zum kommissarischen Verwalter der Oberbürgermeisterstelle in Königsberg zu Theil geworden ist, so anzusehen ist, daß dadurch nach Artikel 78 der Verfassung sein Mandat erloschen ist. Man führt an, daß die Ernennung nur eine interimistische sei und daß das Gehalt nicht vom Staat, sondern von der Stadtkasse bezahlt werden, und daß deshalb das Mandat nicht als erloschen zu betrachten sei. Wir sind der entgegengekehrten An-

Anhänge das Brod der Verbannung haben essen, ja zum Theil sogar das Schaffot bestiegen müssen, und das gerade darum, weil sie sich nicht entschließen konnten, wie ehrliche Männer ihren Völkern Wort zu halten. Auch steht unsern Reaktionsären eben so gut wie uns das leuchtende Beispiel vor Augen, welches Belgien seit 34 und England seit beinahe 200 Jahren den Staaten Europas gegeben habe. So lange hat in diesen Ländern ein verfassungstreuere Regiment gewaltet, und ebenso lange ist der innere Friede dieser Völker nie erloschen, nie in solcher Weise gefährdet worden, wie er etwa in Spanien seit 50 Jahren immer wieder und immer wieder gefährdet wird. Denn so lange oder noch etwas länger besteht auch in Spanien von Madrids wegen eine konstitutionelle Verfassung; aber das Spanische Volk hat nicht zur Ruhe kommen können, weil es nie eine Regierung gehabt hat, die diese Verfassung ehrlich zu halten gelernt war.

Selchen Beispielen gegenüber ist es doch wirklich Tollheit, wenn die Reaktionsäre für sich selbst und wenigstens ihrem Vergehen nach auch für die Krone einen Vortheil darin sehen wollen, wenn auch in Preußen nicht nach der Verfassung und nicht nach dem Geizzen des Landes regiert würde. Wo möglich aber noch toller ist es, daß die Reaktionsäre gar die vollständige Aufhebung der Verfassung erstreben. Denn wollten sie nur irgend einmal in einem ruhigen Augenblicke ihre Gedanken zusammennehmen, so müßten sie doch begreifen, was jedes Kind begreift. Sie müßten begreifen, daß mit der Aufhebung der Verfassung auch die Aufhebung eines jeden Rechts und einer jeden Pflicht ausgesprochen wäre, die durch die Verfassung festgesetzt sind. Die Reaktionsäre können sich bei einigem Nachdenken doch unmöglich einbilden, daß durch die Aufhebung der Verfassung ganz einfach derjenige Rechtszustand wieder hergestellert wäre, der vor den Zeiten der Verfassung in Geltung war. Sie müßten doch einsehen, daß mit dem Aufheben des Rechtsanstandes, den die Verfassung geschaffen hat, jeder Rechtszustand überhaupt in Preußen aufhören würde. Sie müßten begreifen, daß die Aufhebung der Verfassung die fürchterlichste Revolution sein würde, die sich denken läßt. Denn mit dieser Aufhebung würden nicht bloß, wie die Reaktionsäre träumen, die Rechte der Volksoberhäupter, es würden nicht bloß die Rechte des Volkes, sondern es würden damit zugleich die Rechte und die Verpflichtungen der Gerichtshöfe, der Polizei, der Obrigkeiten jeder Art, der Minister und des Königs selbst für aufgehoben erklärt werden, indem alle diese Rechte, seitdem die Verfassung bruchwurmig ist, auf derselben ruhen. Es würde an die Stelle des Rechtes überall in jedem Kreise, in jeder Stadt, in jedem Dorf und in jedem Hause die nackte Gewalt treten. Und das können doch die Reaktionsäre selbst nicht wollen, wenn sie irgend wie bei Sinnen sind.

Doch selbstverständlich sind das auch nur Träume, und „Träume sind Schäume“, sagt das Sprichwort. Aber auch ein Traum kann schädlich wirken, wenn es Leute giebt, die an ihn glauben. Viele giebt es deren in Preußen freilich nicht. Doch haben die verfassungstreuen Bürger des Staates die erste Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch die Wenigen nicht durch tollkühne Versuche einen Brand entzündet, der, so gewiß er auch gelöscht werden wird, dem Lande und der Krone dennoch einen schweren Schaden verursachen würde.

Warnung für die ländlichen Arbeiter.

L. C. Von New-York bringt die Königlich-Preussische Zeitung eine Nachricht, welche die größte Beachtung der Presse verdient, indem wir dadurch auf eine Gefahr aufmerksam gemacht werden, welche unserer Arbeiter-Verödigung droht. Wer erinnert sich in Deutschland nicht der armen Auswan-

derer nach Brasilien, welche dort in Elend und Noth verkommen sind. Es waren bekümmert, in jenem Lande die Negerklaven zu erleben, und man hatte durch die verachteten Parceria-Kontrakte dafür gesorgt, daß die Plantagen-Besitzer aus Deutschland billigere Arbeitsträger bezogen, als sie aus Afrika erhielten. Erst den rastlosen Bemühungen unseres Landmannes Sturz gelang es, diesen Unwesen durch eine energische Agitation im Interesse der Deutschen zu steuern, ohne daß jedoch die vollständige Beseitigung dieser und ähnlicher Auswanderungsmethoden bewirkt wurde. Jetzt nun, wo in den Südstaaten der Union die Sklaverei zur Freude aller abelgesehnten Menschen aufgehoben ist, befinden sich die Negerbarone jener Länder in einer ähnlichen Lage wie jetztzeit die Plantagenbesitzer in Brasilien. Sie gebrauchen Arbeitsträger und zwar so billige Arbeitsträger, daß sie den Negern damit Konkurrenz machen können und wo sollen sie diese leichter finden, als in Deutschland? Deshalb haben sie den Plan gefaßt, eine Massenabwanderung von deutschen Arbeitern nach dem Süden der Union zu organisieren. Es hat sich zu diesem Zweck in Montgomery im Staate Alabama eine „Agentur für weiße Arbeit“ gebildet, welche ihre Agenten nach Deutschland schickt, um dort einen neuen Menschenmarkt zu suchen, nachdem sie von den Märkten in Guinea und Dahomey nichts mehr beziehen können. Die Lohnpeise für die Arbeiter besteht in dem Anwerben von freier Lebensarbeit. Dafür müssen sie ein Jahr arbeiten und erhalten während des Jahres Wohnung und Kost, d. h. die jezt sehr theueren Negerhütten und die Negerkost, und am Ende des Jahres 150 Dollars (Frauen 100 Dollars, Kinder von 12–14 Jahren 40–50 Dollars), wovon jedoch pro Kopf 15 Dollars als Lebensarbeit abgezogen werden. Wie mancher Arbeiter, wie manche Familie wird sich da nicht verloren fühlen, indem sie die Bindungen für ganz günstig annehmen; denn so ist der Verlocken sie fast in Deutschland nur schwer. Aber: Welche dem Unglücklichen, der hinget. Er muß ein volles Jahr arbeiten, d. h. wirt er krank, so muß er die Zeit, in der er arbeitsunfähig war, nacharbeiten. Außerdem muß er die Kosten seiner Krankheit und der in seiner Familie selbst bezahlen. Bei dem ungewohnten heißen Klima und der langen Arbeitszeit (von Tagesanbruch bis 8 Uhr Abends) ist es nur zu gewiß, daß er öfter als ein Mal im ersten Jahre krank wird und zwar sehr krank wird. Die Rechnung aber berichtigt sich erst je ein Herr und entläßt ihn nicht eher als bis Alles abgerechnet ist. Diese Kosten sind aber, da die meisten Plantagen weit von der Stadt entfernt sind, wirklich sehr bedeutend, und selbst bei einer nur kurze Zeit dauernden Krankheit und bei einem nicht allzu gewissenlosen Herren ist es wahrscheinlich, daß der Arbeiter am Ende des Jahres der Schuldner des Herrn ist. Dann ist sein Schicksal besiegelt, und das frühere Loos der Neger war dem seinigen gegenüber ein beiderseitiges Verheiß, denn deren Gesundheit war wenigstens eng mit dem Geldinteresse ihrer Herren verbunden. So war der Verkauf in Brasilien und so würde er auch in diesem Fall sein, wenn Deutsche Arbeiter so thöricht sein würden, den Verlockungen jener Agenten zu folgen. Wir wissen nicht, ob die diplomatischen Vertreter und die Konsule, welche die deutschen Staaten in Nordamerika haben, sich der Sache annehmen werden und ob durch ihre Vermittelung jedem Elende vorgebeugt werden wird. Um so mehr scheint es uns aber die Pflicht der Presse zu sein, mit allen ihren Kräften gegen die Thätigkeit der Agenten jener Gesellschaft zu arbeiten, und unaussprechlich mit Hinweis auf die traurigen Erfahrungen früherer Jahre die deutschen Arbeiter zu warnen, nicht auf solche Kontrakte hin nach Amerika auszuwandern.

Sterzu eine Beilage.